

## **BASE Informations- und Dialogkonzept zur längeren Zwischenlagerung ist ungenügend: BUND fordert von Behörde und Ministerium echten Dialog und Beteiligung**

(Stand 30.10.2025)

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) lehnt das im August 2025 vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) vorgelegte Informations- und Dialogkonzept zur längeren Zwischenlagerung ab, weil es keinen echten Dialog ermöglicht. Zudem fällt es weit hinter gute Beteiligungsstandards zurück, die auch vom Bundesumweltministerium (BMUKN) getragen werden.<sup>1</sup>

Der BUND fordert von BMUKN und BASE die Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts zur Zwischenlagerung mit kontinuierlicher Öffentlichkeitsbeteiligung. Mit Blick auf die ausstehenden Neugenehmigungen der Zwischenlager, sowie die veränderten Bedrohungslagen braucht es gerade jetzt eine offene und wirksame Beteiligung zu den übergreifenden Fragen der Jahrhundertaufgabe Zwischenlagerung. Fragen wie die Länge der Genehmigung, neue Sicherheitsrisiken (z.B. kriegsrische Einwirkungen und Drohnenangriffe), Forschungsfragen zur Sicherheit und der Behälteralterung müssen offen und mit der Öffentlichkeit kontinuierlich diskutiert werden.

### **Aktuelle Beteiligungspraxis ungenügend**

Das BMUKN hat sich in Gesprächen offen für eine solche Beteiligung gezeigt, allerdings ohne konkrete Schritte für einen echten Beteiligungsprozess folgen zu lassen. Jüngster Missstand war die Öffentlichkeitsbeteiligung zur Aktualisierung des Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro).<sup>2</sup> Auch das Nationale Begleitgremium (NBG), als unabhängige Wächterinstanz, diskutiert das Thema Zwischenlagerung und hatte im April 2025 Stakeholder zu einem Austausch geladen. Das BMUKN und das BASE haben leider nicht teilgenommen. Das nun vom BASE vorgelegte Konzept für

---

<sup>1</sup> Leitlinien für gute Bürgerbeteiligung beim Bundesumweltministerium:

[https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten\\_BMU/Download\\_PDF/Buergerbeteiligung/Leitlinien\\_buergerbeteiligung\\_bmu\\_bf.pdf](https://www.bundesumweltministerium.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Buergerbeteiligung/Leitlinien_buergerbeteiligung_bmu_bf.pdf)

<sup>2</sup> Abgesehen vom fragwürdigen Beteiligungsmanagement fand auch die fachliche sozial- und umweltpolitische Expertise, u.a. auch seitens des Fachgebiets Umweltprüfungen der Technische Universität Berlin im Auftrag des NBG, keinerlei Berücksichtigung im Umweltbericht. Dieser schien lediglich der Stützung des bereits vorgelegten NaPro-Entwurfs der Bundesregierung zu dienen. Eine Aktualisierung des NaPro-Entwurfs infolge des Scoping fand nicht statt. Mehr dazu in der BUND Stellungnahme:

[https://www.bund.net/fileadmin/user\\_upload\\_bund/publikationen/atomkraft/Stellungnahme-zum-NaPro-Entwurf-BUND-2025.pdf](https://www.bund.net/fileadmin/user_upload_bund/publikationen/atomkraft/Stellungnahme-zum-NaPro-Entwurf-BUND-2025.pdf) Diese Kritik hat auch mit Blick die Abschlussveranstaltung, die im Nachgang folgte, weiterhin bestand.



Information und Dialog verzichtet vollständig auf Beteiligung und ordnet Betroffenen und organisierter Zivilgesellschaft lediglich die Rolle der Zuhörer\*innen zu.

### Beteiligung auf Augenhöhe ermöglichen

Eine Statuskonferenz Zwischenlagerung kann ein Ort sein, an dem Öffentlichkeit und zuständige Stellen Fragen und Probleme diskutieren. Allerdings darf es, anders als in einer virtuellen Veranstaltung im Oktober 2025 seitens des BASE dargestellt, nicht einzig darum gehen, die Öffentlichkeit zu informieren und aufzuklären. Wissenstransfer ist ohnehin Aufgabe der Behörde. Vielmehr gilt es, offen zu diskutieren und Arbeitsaufträge zu nutzen, die sich aus der Statuskonferenz ergeben, um ein neues übergeordnetes Konzept zu erarbeiten. Dafür bräuchte es mindestens einmal im Jahr eine solche Statuskonferenz.

Der BUND fordert in Bezug auf die Endlagersuche seit langem, neben der transparenten Bereitstellung von verständlichen Informationen, dass der Öffentlichkeit auch finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Informationen unabhängig überprüfen lassen zu können. Diese Augenhöhe gilt es auch mit Blick auf die Zwischenlagerung zu schaffen. Dies könnte auch das Vertrauen in die Prozesse deutlich erhöhen.

### Kontakt

**Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)**

Juliane Dickel, Leitung Atom- und Energiepolitik

Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin

Email: [juliane.dickel@bund.net](mailto:juliane.dickel@bund.net)